

**Niederschrift über die Sitzung des
Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschusses am 27. September 2010**
im Sitzungssaal des Landratsamts in Waiblingen

Öffentlich

Anwesend:

Der Vorsitzende: Landrat Fuchs

Die Mitglieder des VSKA: Kreisräte/innen:

Fabriz, Häußermann, Dr. Ketterer, Kölz (bis 17:50 Uhr, Metzger, Sczuka, Wersch) (CDU)

Hestler, Kaufmann (bis 17:00 Uhr), R. Ulrich, Völker (SPD)

Brischke, Haußmann, Lenk, Meßmer (bis 18:25 Uhr) (FDP-FW)

Häuser, Jasper, Ostfalk (bis 17:55 Uhr) (Freie Wähler)

Besa, Fauth-Rank (GRÜNE)

Das stv. Ausschussmitglied: Fokken (SPD)

Hesky (bis 18:55 Uhr) (Freie Wähler)

Ferner:

Kreiskämmerer Geißler

Dezernent Bauer

Dr. Vogt, GB Schulen, Bildung, Kultur

Geschäftsführer Braune, Kreisbaugesellschaft (Top 7)

Geschäftsführer Winter, Rems-Murr-Kliniken (Top 9)

Weitere Mitarbeiter

Sozialausschuss: Sozialerfahrene Bürger

Presse

Schulleiterinnen und Schulleiter

Der Schriftführer: Kreisoberamtsrat Hasert

Beginn der öffentlichen Sitzung: 14:30 Uhr

Ende der öffentlichen Sitzung: 18:03 Uhr

Beginn der nichtöffentlichen Sitzung: 18:05 Uhr

Ende der nichtöffentlichen Sitzung: 19:05 Uhr

§ 1

Bericht zur Notfallversorgung im Rems-Murr-Kreis
(Drucksache 25/2010-KT26.04.2010; Mündlicher Bericht)

Landrat Fuchs erläutert den Sachstand und führt insbesondere aus, dass das Anschlussgutachten ORGAKOM voraussichtlich Ende 2010 oder zum Beginn des nächsten Jahres fertig sei, weshalb es heute nur einen Zwischenbericht gebe. Er innere an die fünf Maßnahmen, die der Bereichsausschuss zur Verbesserung der notärztlichen Versorgung beschlossen habe und über die in der Sitzung des Kreistags am 26.04.2010 berichtet worden sei. Landrat Fuchs führt hierzu aus, dass die Einsatzzeiten des 2. Notarztes in Waiblingen werktags von 18:00 auf 20:00 Uhr zum 01.07.2010 erweitert worden seien. Die Verlängerung der Bereitschaft des Notarztes in Althütte auf 24 Stunden an 7 Tagen die Woche, werde ab 1. Oktober 2010 umgesetzt. Die Minimierung der Ausrückzeit unter 2 Minuten solle durch betriebsinterne Maßnahmen der Klinik und durch die Verlegung des Notarztfahrzeuges verbessert werden. Für den geplanten Einsatz des Notarztes aus Löwenstein in Spiegelberg habe man vom Bereichsausschuss Heilbronn keine verbindliche Zusage erhalten, sondern dieser erfolge in Abhängigkeit von der Verfügbarkeit. Der Einsatz des Notarztes aus Mutlangen in Alfdorf, erfolge seit 15.06.2010. Landrat Fuchs erklärt, dass sich die notärztliche Versorgung von 88,33 % im August 2009 auf 90,85 % im August 2010 verbessert habe. Bei der Notfallrettung liege die Hilfsfristerfüllungsquote bei 96,78 %.

Ohne weitere Beratung nimmt der Ausschuss den Bericht zur Notfallversorgung im Rems-Murr-Kreis zur Kenntnis.

Auszüge:

1 Dezernat 4

1 GB Baurecht

§ 2

Neuordnung SGB II (ARGE)

(Drucksachen 37/2010-VSKA21.06.2010 und 70/2010)

Landrat Fuchs verweist auf die der Beratung zu Grunde liegenden Drucksachen und erläutert diese zusammenfassend. Er führt hierzu insbesondere aus, dass zur Zeit 215 Mitarbeiter in der ARGE beschäftigt seien. Der Start der ARGE sei in 2005 erfolgt. Ein genereller Richtungswechsel sei nicht zu empfehlen, weshalb zusammen mit der Agentur für Arbeit Waiblingen eine gemeinsame Einrichtung, das Jobcenter Rems-Murr geschaffen werden solle. Ein Ziel dieser gemeinsamen Einrichtung sei eine möglichst kundenorientierte Beratung. Am 18.10.2010 soll der Kreistag zu einem abschließenden Beschluss kommen, und am 12.01.2011 soll die konstituierende Sitzung der Trägerversammlung stattfinden.

Dezernentin Dr. Längle-Sanmartin erklärt, dass die Verwaltung mit der gemeinsamen Einrichtung u. a. dem Anspruch der optimalen Förderung der Langzeitarbeitslosen gerecht werden könne. Das Jobcenter solle einen möglichst direkten Zugang gewährleisten und durch eine stärkere Verzahnung zwischen Vermittlung und Leistung eine rasch fallabschließende Bearbeitung ermöglichen.

Kreisrat Haußmann bedankt sich für die detaillierte Sitzungsvorlage und erklärt, dass der Kreis mit der gemeinsamen Einrichtung auf der sicheren Seite stehe, da es keine grundlegenden Veränderungen gebe. Positiv werde registriert, dass Optimierungen geplant seien. Er bitte um Auskunft, wie man zum Einkauf von Dienstleistungen stehe, ob für die Umwandlung größere Investitionen notwendig wären und wie groß der Einfluss der Agentur für Arbeit sei.

Kreisrat Völker begrüßt das erreichte Ergebnis. Am Ende habe die Vernunft gesiegt, woran die SPD sicher nicht unbeteiligt gewesen sei. Die gemeinsame Einrichtung biete die Chance zur Optimierung, zumal sich die Zusammenarbeit zwischen dem Landratsamt und der Agentur für Arbeit in der Vergangenheit bewährt habe. Nach seiner Auffassung gebe es zu der gemeinsamen Einrichtung keine Alternative. Die Option scheide aus, da allein die Bewerbung 60.000 € koste und der Kreis nicht wisse, ob man zum Zuge komme. Daher empfehle die SPD-Fraktion die Einrichtung des Jobcenters.

Bürgermeister Sczuka erklärt, es zeichne sich eine breite Zustimmung für eine gemeinsame Einrichtung ab. Er äußert die Bitte, dass die auszuhandelnde Vereinbarung den Kreisräten zur Verfügung gestellt werde.

Kreisrätin Fauth-Rank bedankt sich für die ausführliche Aufarbeitung und spricht sich ebenfalls dafür aus, die bewährten Strukturen beizubehalten. Die Option berge zu viele Risiken und das Jobcenter biete Chancen zur Verbesserung. Sie interessiere, ob der Einfluss der Agentur für Arbeit zunehmen werde und hoffe, dass vom Bund ausreichend Mittel zur Verfügung gestellt würden.

Oberbürgermeister Hesky erklärt, es sei erfreulich, dass die Gespräche gut verlaufen seien. Die Verwaltung habe das Beste daraus gemacht. Die Fraktion der Freien Wähler unterstütze die Neuregelung in Form eines Jobcenters.

Landrat Fuchs nimmt Stellung zu den Redebeiträgen. Nachdem die Agentur bestimmte Dienstleistungen auslagern wolle, halte er es für wichtig, dass hier auch die Kräfte des Landkreises mit „ins Boot“ genommen würden. Der Einfluss der Bundesagentur für Arbeit werde bestehen bleiben, da diese 2/3 der Mittel aufbringe. Er sagt zu, die gründungsbegleitende Vereinbarung den Kreistagsmitgliedern zur nächsten Sitzung des Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschusses zur Verfügung zu stellen.

Die Leiterin des Geschäftsbereiches Soziales, Frau Bittinger, weist ergänzend darauf hin, dass weiterhin Dienstleistungen, wie z.B. die IT-Verfahren, eingekauft würden.

Ohne weitere Beratung beschließt der Ausschuss einstimmig die Beschlussempfehlung der Verwaltung an den Kreistag:

Die Aufgaben nach dem 2. Sozialgesetzbuch werden im Rems-Murr-Kreis zukünftig in einer gemeinsamen Einrichtung (Jobcenter) wahrgenommen. Die Verwaltung wird beauftragt, die entsprechende Kooperationsvereinbarung mit der Agentur für Arbeit auszuhandeln.

§ 3

Finanzzwischenbericht 2010

(Drucksache 71/2010)

Landrat Fuchs verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Kreiskämmerer Geißler erläutert die Drucksache 71/2010 anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist. Er weist zur Jahresrechnung 2009 darauf hin, dass das Haushaltsjahr 2009 insgesamt positiv abgeschlossen werden konnte. Dies sei aber nur durch intensive Sporbemühungen möglich gewesen. Die Wirtschafts- und Finanzkrise hätte für erhebliche Verschlechterungen sowohl bei den Einnahmen als auch bei den Ausgaben gesorgt. Die Abweichung des gesamten Haushalts beläuft sich auf – 6,05 % gegenüber Plan. Die Veränderungen im Vermögenshaushalt seien auf eine geringere Zuführung vom Verwaltungshaushalt von rd. 5,0 Mio. €, die Verschiebung von Investitionen mit rd. 3,0 Mio. € und eine erhöhte Rücklagenentnahme in Höhe von rd. 1,4 Mio. € zurückzuführen. Aus der allgemeinen Rücklagen hätten statt der veranschlagten 664.000 € rd. 2,1 Mio. € entnommen werden müssen. Somit seien für die Folgejahre keine Entnahmen mehr möglich. Die Verschuldung habe man von 64,9 Mio. € auf 66,4 Mio. € erhöhen müssen. Dies entspreche dem planmäßigen Zuwachs mit 1,5 Mio. €.

Kreiskämmerer Geißler führt zur Erreichung der Effizienzrendite bei der Verwaltungsreform aus, für die Jahre 2005 – 2009 sei mit Renditen in Höhe von 14 % gerechnet worden. Effektiv hätten jedoch nur 5,61 % erwirtschaftet werden können. Grundsätzlich habe der Vermessungsbereich zwar die geplanten Erträge erreicht, da jedoch der vom Land eingestellte Anrechnungsbetrag, trotz Nachbesserung, immer noch zu hoch liege, müsse mit einem Verlust von bis zu 0,5 Mio. Euro gerechnet werden. Bei der Landwirtschaft liege das Problem weiterhin an der relativ geringen Personalausstattung. Deshalb könne auch hier keine Effizienzrendite erwirtschaftet werden. Die fehlenden Rendite von 8,39 % - oder absolut 1 Mio. € - habe man mit einer Rücklageentnahme in Höhe von rd. 800.000 € und mit 200.000 € aus dem Kreishaushalt decken müssen. Damit sei der bisher vorhandene erwirtschaftete Betrag in der Allgemeinen Rücklage aufgebraucht. Die künftige Effizienzrendite müsse man komplett aus dem Kreishaushalt erwirtschaften.

Kreiskämmerer Geißler erläutert sodann den Verlauf des Haushaltes 2010. Bei der Erstellung des Haushaltsentwurfs 2010 im Sommer 2009 sei bereits absehbar gewesen, dass
- ausgelöst durch die Finanz- und Wirtschaftskrise - schwere Zeiten auf den Rems-Murr-Kreis

zukommen würden. Zwischenzeitlich seien die Auswirkungen in Form von wegbrechenden Einnahmen spürbar. Allein bei den Schlüsselzuweisungen und bei der Grunderwerbssteuer ergebe die Hochrechnung ein Minus von rund 1 Mio. Euro. Gleichzeitig würden aber die Ausgaben im Sozialbereich steigen. Aktuell zeichne sich hier ein Defizit von rund 4,3 Mio. Euro ab. Im Ergebnishaushalt habe man sich in der Haushaltsstrukturkommission in den Teilhaushalten 1 – 8 auf einen Minderaufwand/Mehrertrag in Höhe von 969.000 € einigen können. In der Summe ergebe sich ein Minderaufwand/Mehrertrag von insgesamt rd. 3,4 Mio. €. Allerdings stünden dem Mehraufwendungen/Mindererträge in Höhe von 5,3 Mio. € entgegen. Somit verschlechtere sich das ordentliche Ergebnis saldiert um rd. 1,9 Mio. €.

Für den Finanzhaushalt habe die Haushaltsstrukturkommission Minderauszahlungen von 1,2 Mio. € vereinbart. Insgesamt würden sich die Minderauszahlungen/Mehrerträge auf insgesamt 1,7 Mio. € belaufen. Dem stünden Mehrauszahlungen/Mindereinzahlungen von 1 Mio. € entgegen, sodass sich saldiert eine Verbesserung aus Investitionstätigkeit in Höhe von 700.000 € ergebe. Der eingesparte Betrag könne nicht zur Verminderung des Fehlbetrags im Ergebnishaushalt herangezogen werden. Er solle daher zur Verminderung der Schuldaufnahme verwendet werden.

Kreiskämmerer Geißler führt weiter aus, dass der Kreistag in der Sitzung vom 14.12.2009 der Verwaltung insgesamt 1,5 Mio. Euro an globalen Minderaufwendungen auferlegt habe. Bei den Personalaufwendungen seien 1,2 Mio. Euro und bei den Sachaufwendungen 0,3 Mio. Euro festgelegt worden. Die Verwaltung gehe davon aus, dass diese Minderaufwendungen erreicht werden könnten. Darüber hinaus habe die Haushaltsstrukturkommission weitere Einsparungen über Haushaltsperren im Ergebnishaushalt in Höhe von 969.000 € und im Finanzhaushalt mit 1,22 Mio. € festgelegt.

Kreisrat R. Ulrich erklärt, hinsichtlich des sich abzeichnenden, zusätzlichen Fehlbetrags in Höhe von 1,9 Mio. EUR hoffe er, dass noch eine Verminderung oder eine „schwarze Null“ erreicht werden könne. Die Erwirtschaftung der globalen Minderausgabe sei erfreulich. Dem Stand der erreichten Effizienzrendite bei der Verwaltungsreform könne seine Fraktion nicht zustimmen, da die Rücklagen künftig aufgebraucht seien. Hier müsse mit dem Land geklärt werden, wie die Situation verbessert werden könne, damit es nicht zu einer Situation wie bei der Verkehrsumlage komme. Er verweise auf Nordrhein-Westfalen, wo die Kommunen das Land verklagt hätten. Daher wolle man beantragen, bis zur nächsten Sitzung des Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschusses zu prüfen, welche

rechtlichen Möglichkeiten es gebe, gegen die Unauskömmlichkeit der Verwaltungsreform vorzugehen.

Kreisrätin Fauth-Rank teilt die Kritik an der Finanzausstattung der Verwaltungsreform. Die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen unterstütze daher den Antrag der SPD-Fraktion. Man halte es für ein Ärgernis, dass bis zum Jahr 2011 mit einem Gesamtverlust von rd. 2,9 Mio. EUR gerechnet werden müsse.

Kreisrat Sczuka bedankt sich namens der CDU-Fraktion für den Bericht und erklärt, es sei richtig gewesen, dass Investitionen geschoben wurden. Bezüglich der Diskussion über die Verwaltungsreform erinnere er daran, dass die Landräte dem Land damals zugesagt hätten, die Effizienzrendite in Höhe von 20 % zu erwirtschaften.

Kreisrat Haußmann erklärt, es sei positiv, dass die Haushaltskommission bereits entsprechende Maßnahmen ergriffen habe, um die Haushaltssituation zu verbessern.

Landrat Fuchs nimmt Stellung zu den vorstehenden Redebeiträgen und legt dar, er habe sich wiederholt um Änderungen und Verbesserungen bei der Effizienzrendite bemüht. Das Land sei jedoch nicht bereit, Änderungen vorzunehmen. Außerdem seien die Kreise nicht klageberechtigt. Bei der Vermessung stehe jedoch eine Änderung des Vermessungsgesetzes an und man werde zusätzliche Mittel für die Lebensmittelkontrolle erhalten. Im Rahmen des Berichts über die Organisationsuntersuchung im Geschäftsbereich Vermessung und Flurneuordnung werde auch auf die Personalentwicklung eingegangen. Er werde außerdem versuchen, beim Personal weiter zurückzufahren bzw. Mitarbeiter bei anderen Geschäftsbereichen, wie z. B. der Landwirtschaft einzusetzen. Alle Investitionsmaßnahmen, die zurückgestellt worden seien, würden förderfähig bleiben.

Ohne weitere Beratung nimmt der Ausschuss die Ziffern 1 und 2 zur Kenntnis.

1. Vom Finanzzwischenbericht wird Kenntnis genommen.
2. Vom Bericht über die Erzielung der Effizienzrendite für die Eingliederung der unteren Sonderbehörden im Jahre 2009 wird Kenntnis genommen.

Ohne weitere Beratung beschließt der Ausschuss einstimmig die Ziff. 3 der Drucksache 71/2010:

3. Der unter Abschnitt X d aufgeführten außerplanmäßigen Auszahlung wird zugestimmt.

Ohne weitere Aussprache beschließt der Ausschuss einstimmig bei 2 Enthaltungen die Ziff. 4 der Drucksache 71/2010.

Dem Kreistag wird empfohlen:

4. Den unter Abschnitt X a-c und e aufgeführten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen wird zugestimmt.

Auszüge: 1 GB Finanzen

§ 4

Maßnahmenpaket zur Konsolidierung der Kreisfinanzen
(Drucksache 72/2010)

Landrat Fuchs verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache und führt einleitend aus, die Haushaltslage des Rems-Murr-Kreises sei so schlecht wie noch nie. Es würden Gesamtverschlechterungen über 33,7 Mio. EUR drohen, was eine Erhöhung des Kreisumlagehebesatzes in nie gekannter Weise notwendig machen werde.

Deshalb seien die Spitzen der Kreistagsfraktionen und der Verwaltung frühzeitig zusammgekommen, um Einsparmöglichkeiten zu ermitteln. In vier Besprechungen sei ein umfangreiches Sparpaket erarbeitet worden, das für die kommenden Jahre Wirkung entfalten werde. Auch wenn die Beschlüsse in der Öffentlichkeit nicht nur auf positive Resonanz stoßen würden, bitte er um Zustimmung.

Kreiskämmerer Geißler erläutert die Drucksache 72/2010 anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist. Er weist darauf hin, dass sich für den Haushalt 2011 gegenüber dem Haushaltsplan 2010 Veränderungen bei den Erträgen in Höhe von - 23,6 Mio. EUR und zusätzliche Aufwendungen in Höhe von 10,1 Mio. EUR zu erwarten seien. Somit ergebe sich eine Gesamtverschlechterung von insgesamt 33,7 Mio. EUR. Die Mehraufwendungen würden vor allem aus einem höheren Zuschussbedarf für Sozial- und Jugendhilfeleistungen herrühren. Um dies auszugleichen, wäre eine Erhöhung des Kreisumlagehebesatzes von 8,4 % Punkten auf 23,9 % Punkte notwendig. Als Ergebnis der Besprechungen der Haushaltskommission zur Konsolidierung des Haushalts 2011 seien verschiedene Maßnahmen beraten worden, die insgesamt eine Gesamtverbesserung in Höhe von 3,167 Mio. EUR im Ergebnishaushalt und weitere 2,3 Mio. EUR im Finanzhaushalt erlauben würden. Außerdem werde eine Kürzung von Freiwilligkeitsleistungen, wie in der Anlage zu Drucksache 72/2010 dargestellt, vorgeschlagen.

Kreisrat R. Ulrich erklärt, ihn irritiere, dass der Landrat von einem „Einmaligkeitscharakter“ spreche, da 2012 wieder mit einer positiveren Steuerentwicklung gerechnet werden könne. Er weise darauf hin, dass die Kommunen vor einem Rekorddefizit stehen würden und auch das Land eventuelle Mehreinnahmen zur Schuldenreduzierung einsetzen wolle. Er bitte auch zu beachten, dass der Rems-Murr-Kreis bis zum Jahr 2013 91 Mio. EUR Schulden anhäufen werde und auch der Krankenhausneubau finanziert werden müsse. Der Kreis habe die höchste Verschuldung in Baden-

Württemberg mit 632 EUR pro Einwohner. Daher spreche er sich dafür aus, eventuelle Mehreinnahmen zur Schuldenreduzierung zu verwenden. Hinsichtlich der Kürzung der Freiwilligkeitsleistungen stelle sich die Frage, wie es plötzlich zu Einsparvorschlägen von 50 % des Ansatzes kommen könne und warum bereits nicht schon früher entsprechende Vorschläge gemacht wurden, wenn anscheinend so große Spielräume bestünden? Ihn würde auch interessieren, wie z.B. der Kreisjugendring die geplanten Kürzungen kommentiere? Zudem bitte er um eine Übersicht, über die Träger von Freizeiten und deren Auslastung in den letzten drei Jahren.

Landrat Fuchs erwidert, er habe zum Ausdruck bringen wollen, dass 2011 Maßnahmen ausgesetzt würden, die jedoch auf Dauer nicht verzichtbar seien. Daher müsse danach wieder ein sozialverträgliches Niveau angestrebt werden. Das Jahr 2011 werde auch im investiven Bereich Schulden abverlangen, die dann in den nächsten Jahren wieder abgebaut werden müssten.

Kreisrat Lenk erklärt, die Perspektiven für das Jahr 2011 seien sehr schlecht. Daher bleibe nur die Möglichkeit, Mehreinnahmen zu erreichen, Ausgaben zu kürzen oder die Schulden zu erhöhen bzw. die Kreisumlage entsprechend anzupassen. Da das kommende Jahr auch für die Städte und Gemeinden sehr schlimm würden, müsse sich die kommunale Solidarität bewähren, weshalb man gemeinsam mit der CDU-Fraktion und der Fraktion der Freien Wähler „Richtmarken“ gesetzt habe. Auch er spreche sich dafür aus, die Verschuldung in guten Zeiten wieder abzubauen. Man werde um unpopuläre Maßnahmen nicht herumkommen, wobei die Verwaltung nochmals „nachlegen“ müsse. Seine Fraktion werde die Vorschläge grundsätzlich mittragen. Es bestehe jedoch nicht in allen Punkten Konsens. So erwarte man, dass in allen Bereichen der Verwaltung gekürzt werde und z. B. nicht nur im Bereich der Schuletats.

Kreisrat Sczuka schließt sich der Auffassung der Vorredner an. Unstrittig sei, dass man dem Maßnahmenpaket zustimmen werde. Um eine gemeinsame Tragfähigkeit zu erreichen, schlage man vor, die Freiwilligkeitsleistung durchweg um 20 % zu kürzen mit Ausnahme derer, bei denen eine vertragliche oder sonstige Verpflichtung bestehe. Er bitte um entsprechende Anpassung des Beschlussvorschlags.

Kreisrätin Fauth-Rank teilt die Bedenken bezüglich der Freiwilligkeitsleistungen. Es könne nicht sein, dass unterschiedliche Kürzungen vorgenommen würden, weshalb man sich dem Vorschlag der CDU anschließe. Die Vorschläge zur Erzielung von Mehreinnahmen seien vertretbar und moderat. Die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen habe zwar auch Verständnis für die Situation der Kommunen, um den Haushalt decken zu können, sei jedoch eine Erhöhung des Kreisumlagehebe-

satzes auf über 40 % erforderlich. Man hoffe, dass auf Grund der positiveren Wirtschaftslage, ab 2012 wieder eine Verbesserung eintrete.

Kreisrat Ostfalk erklärt für die Fraktion der Freien Wähler, das in der Kommission erreichte Ergebnis sei respektabel. Den Vorschlag für eine pauschale Kürzung der Freiwilligkeitsleistungen um 20 % werde mitgetragen. Er rege an zu prüfen, ob in der Verwaltung Strukturen zusammengelegt werden könnten.

Kreisrat Völker kritisiert, dass die CDU-Fraktion, die FDP-FW-Fraktion sowie die Fraktion der Freien Wähler gemeinsam eine Meinungsäußerung zur Höhe des Kreisumlagehebesatzes abgegeben hätten. Vielmehr hätte er einen Austausch zwischen allen Fraktionen erwartet. Er spreche sich dafür aus, heute nicht über die Freiwilligkeitsleistungen abzustimmen, da die Kürzungen differenziert gesehen werden müssten und auch 20 % schmerzlich sein könnten.

Kreisrat R. Ulrich verweist auf die Änderung der Satzung zur Erstattung der notwendigen Schülerbeförderungskosten. Hiermit sei die SPD-Fraktion mehrheitlich nicht einverstanden. Bei den Eigenanteilen für Grundschüler wolle man in der nächsten Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses eine Stufenlösung vorschlagen.

Nach kurzer weiterer Beratung beschließt der Ausschuss mehrheitlich bei 3 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

1. Das Maßnahmenpaket (Drucksache 72/2010 Ziff. A. 2. und 3.) zur Konsolidierung der Kreisfinanzen wird im Haushaltsplanentwurf 2011 umgesetzt.

Der Ausschuss beschließt einstimmig bei 4 Enthaltungen den auf Antrag der CDU-Fraktion modifizierten Beschlussvorschlag der Verwaltung:

2. Die Freiwilligkeitsleistungen (Drucksache 72/2010 Ziff. B und Anlage 1) werden im Haushaltsjahr 2011 um 20 % gekürzt. Bei Ziff. 20 erfolgt die Kürzung aus 16.000 €, bei Ziff. 22 aus 18.400 € sowie bei Ziff. 33 aus 240.000 €. Ziff. 8 wird um 100% gekürzt. Hiervon ausgenommen sind die nachstehenden Freiwilligkeitsleistungen (Anlage zu Drucksache

72/2010), die auf einer vertraglichen oder sonstigen Verpflichtung beruhen:

- Ziff. 1 Unfallversicherung der Kreisräte
- Ziff. 12 Jugend musiziert
- Ziff. 15 Schulraumbenutzung durch Träger der Erwachsenenbildung
- Ziff. 21 Zuschuss an Hospizstiftung
- Ziff. 25 Sporthallenbenutzung von Vereinen
- Ziff. 27 Verzinsung Darlehen Wohnbauförderung
- Ziff. 30 Hagelabwehr (netto)

Der Ausschuss beschließt einstimmig die Ziff. 3 des Beschlussvorschlags der Verwaltung:

- 3. Die Entgelte für das Schullandheim Mönchhof werden entsprechend der Aufstellung Ziff. C. 3. der Drucksache 72/2010 mit Wirkung zum 01.01.2011 angepasst (zum Vergleich wurden die bisherigen Entgelte mit aufgeführt).

Der Ausschuss beschließt einstimmig die Ziff. 4 des Beschlussvorschlags der Verwaltung:

- 4. Die Mittagessenspreise an den Sonderschulen werden entsprechend dem Vorschlag Ziff. D. 1. mit Wirkung zum 01.01.2011 angepasst.

Auszüge:

1 GB Finanzen

§ 5

Bericht über das Sicherheitskonzept an den Beruflichen Schulen
(Drucksache 73/2010)

Landrat Fuchs verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Geschäftsbereichsleiter Dr. Vogt erläutert die Drucksache zusammenfassend.

Kreisrat Lenk erklärt, die Maßnahmen würden wie dargestellt mitgetragen. Wichtig sei auch, dass pädagogische und soziale Maßnahmen von Seiten der Schulen erfolgen würden und eine Kultur der Achtsamkeit entstehe.

Kreisrat Jasper erklärt, es sei erfreulich, dass die Forderungen des Landeskriminalamts für Durchsagen erfüllt worden seien. Hinsichtlich der Abschließbarkeit der Räume müsse ein Konflikt mit dem Brandschutz vermieden werden, weshalb Panikschlösser erforderlich seien. Beim Einsatz von Pägern stelle sich die Frage, wer diese auslöse und wie die Leitstelle benachrichtigt werde. Die Installation von Alarmknöpfen wäre zwar ideal, jedoch finanziell aufwändig.

Geschäftsbereichsleiter Dr. Vogt antwortet, dass die angesprochenen Themen weiter verfolgt werden. Es würden auch Notfallpläne erstellt.

Der Ausschuss nimmt den Bericht über das Sicherheitskonzept an den Beruflichen Schulen zur Kenntnis.

Auszüge:

1 GB Schulen, Bildung, Kultur

§ 6

Anpassung der Stellplatzgebühren am Landratsamt und den Beruflichen Schulen
(Drucksache 74/2010)

Landrat Fuchs verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Kreiskämmerer Geißler erläutert die Drucksache 74/2010 zusammenfassend.

Kreisrat Hesky weist darauf hin, dass in Waiblingen unterschiedlich hohe Parkgebühren erhoben würden.

Dezernent Bauer erinnert daran, dass die Gebühreneinführung erfolgt sei, nachdem auch die Fahrkostenzuschüsse für den ÖPNV gestrichen worden seien. Zudem verfüge der Landkreis nur über wenige Dienstfahrzeuge, so dass die Mitarbeiter ihre Privat-Pkw nutzen würden. Er bitte ferner zu beachten, dass die Beschäftigten aus einem großen Einzugsbereich kommen würden. Dezernent Bauer erinnert daran, dass beim Personal alle Freiwilligkeitsleistungen gestrichen wurden und dem Personalrat zugesagt worden sei, keine weiteren Kürzungen vorzunehmen.

Nach kurzer weiterer Beratung beschließt der Ausschuss einstimmig den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Dem Kreistag wird empfohlen:

Die Stellplatzmieten im Verwaltungsbereich werden künftig für 12 Monate und im Schulbereich für 11 Monate erhoben. Diese Neuregelung tritt zum 01.01.2011 in Kraft.

Auszüge:

1 GB Finanzen

1 GB Schulen, Bildung, Kultur

§ 7

a) Immobilien- und Energiebericht 2009

(Drucksache 75/2010)

b) Ergebnis der Energiekonzepte sowie Antrag der SPD-Fraktion

(Drucksache 76/2010)

c) Festlegung der Prioritätenliste für Gebäudesanierungen im Jahr 2011

(Drucksache 77/2010)

Landrat Fuchs verweist auf die der Beratung zu Grunde liegenden Drucksachen.

Geschäftsführer Braune, Kreisbaugesellschaft erläutert die Drucksache 75/2010 anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist. Er führt zum Immobilien- und Energiebericht 2009 aus, dass der Abbau des Sanierungsrückstaus bei den Kreisliegenschaften weiter fortgesetzt worden sei. Des Weiteren erläutert er die Verwendung der zur Bewirtschaftung eingesetzten Mitteln sowie die Nutzerbewertung der RMIM, die sich gegenüber dem Vorjahr nochmals verbessert habe. Ferner berichtet Geschäftsführer Braune über die Veränderungen beim Energie- und Wasserverbrauch. Er fügt hinzu, dass auf Grund einer Ausschreibung der Gaslieferungen durch die Vergabe an ein kommunales Stadtwerkeunternehmen eine Reduzierung von 135.000 EUR oder 16 % erreicht werden konnte.

Nach kurzer weiterer Beratung nimmt der Ausschuss den Immobilien- und Energiebericht zur Kenntnis.

Geschäftsführer Braune erläutert die Drucksache 76/2010 und stellt das Ergebnis der Energiekonzepte für die Kreisliegenschaften vor.

Kreisrat Hestler erklärt, auf Grund der Darstellung der Energiekonzepte habe sich der Antrag der SPD-Fraktion vom 16.08.2010 erledigt. Er wundere sich allerdings über die Amortisationszeit von 30 Jahren. Er bitte um Auskunft, ob es eine Landesförderung aus dem Programm Klimaschutz plus gebe.

Geschäftsführer Braune antwortet, die 30 Jahre seien von den Ingenieurbüros so bestätigt worden. Eine Landesförderung gebe es zwar noch, jedoch habe es auch hier Kürzungen gegeben.

Geschäftsbereichsleiter Dr. Vogt weist ergänzend darauf hin, dass die Inklusion die Förderschulen betreffe. Bei der Christian-Morgenstern-Schule handle es sich jedoch um eine Sonderschule.

Ohne weitere Beratung beschließt der Ausschuss einstimmig en bloc den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

1. Die Durchführung von energetischen Sanierungsmaßnahmen an kreiseigenen Gebäuden erfolgt nach der von der RMIM vorgelegten Prioritätenliste.
2. Der Ausschuss stimmt der Anpassung der Aufstellung über den Sanierungsrückstau auf der Basis der Erkenntnisse der erarbeiteten Energiekonzepte und der hieraus resultierenden Anforderungen aus der ENEV 2009 zu.
3. Die RMIM wird beauftragt alternativ zu prüfen, ob zur Finanzierung von energetischen Sanierungsmaßnahmen Contractinglösungen wirtschaftlich sinnvoll sind.

Geschäftsführer Braune erläutert außerdem die Drucksache 77/2010 mit der Festlegung der Prioritätenliste für Gebäudesanierungen im Jahr 2011.

Kreisrat Hesky bittet im Zusammenhang mit der Festlegung der Prioritätenliste für den Abbau Des Sanierungstaus um Auskunft, ob auch die Veränderungen in der Schullandschaft aufgrund der Inklusion berücksichtigt worden sei. Die Städte hätten deswegen auch Maßnahmen zurückstellt.

Geschäftsbereichsleiter Dr. Vogt weist darauf hin, dass es um eine Sonderschule für Sprachbehinderte sich bei der Christian-Morgensternschule in Waiblingen handle. Die Inklusion betreffe nur Förderschulen.

Der Ausschuss beschließt einstimmig den Beschlussvorschlag der Verwaltung:



Kenntnisnahme von den Maßnahmen zum Abbau des Sanierungsrückstaus und den sonstigen Baumaßnahmen als Teil des Wirtschaftsplans unter dem Vorbehalt der Haushaltsberatungen für das Jahr 2011 für die Rems- Murr-Kreis-Immobilien- Management GmbH.

Auszüge:

1 Dezernat 2

1 RMIM

1 GB Umweltschutz

1 GB Schulen, Bildung, Kultur



§ 8

Spendenbericht

(Drucksache 78/2010)

Landrat Fuchs verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Ohne weitere Beratung beschließt der Ausschuss einstimmig den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der Annahme der in der Anlage zu Drucksache 78/2010 aufgeführten Spenden und Zuweisungen wird zugestimmt.

Auszüge:

1 GB Finanzen

§ 9

Sachstandsbericht Rems-Murr-Kliniken gGmbH

a) Neubaubericht

b) Bericht zur betrieblichen Entwicklung

Geschäftsführer Winter, Rems-Murr-Kliniken, berichtet über den Stand der Neubauarbeiten des Rems-Murr-Klinikums in Winnenden und über die betriebliche Entwicklung der Rems-Murr-Kliniken anhand einer Präsentation die dem Original der Niederschrift beigelegt ist. Er weist darauf hin, dass die Berichte auch in der Sitzung des Kreistags am 18.10.2010 abgegeben würden.

Ohne weitere Beratung nimmt der Ausschuss den Sachstandsbericht der Rems-Murr-Kliniken gGmbH zur Kenntnis.

Auszüge:

1 Rems-Murr-Kliniken

§ 10

Wahl des 1. stellvertretenden Vorsitzenden des Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschusses
(Drucksache 79/2010)

Landrat Fuchs verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Ohne weitere Beratung beschließt der Ausschuss einstimmig den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Kreisrat Reinhold Sczuka wird zum 1. stellvertretenden Vorsitzenden des Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschusses gewählt.

Auszüge:

1 GB Kreisrecht, Innere Angelegenheiten



§ 11

Verschiedenes

Unter dem Tagesordnungspunkt „Verschiedenes“ erfolgten keine Wortmeldungen.

Der Vorsitzende:

Der Schriftführer:

gez.

gez.

Johannes Fuchs

Thomas Hasert